

Beschlussvorlage
237/2020

Beratungsfolge:	Gremium:	Art der Sitzung:	
18.01.2021	Kreisausschuss	öffentlich	beratend
17.02.2021	Kreistag	öffentlich	entscheidend

Tagesordnung:

Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021 werden in der vorberatenen Fassung beschlossen.

Finanzielle Auswirkung: Ja Nein

Leistungsbezeichnung:	
Produktsachkonto:	
Investitionsmaßnahme/Projekt:	
Haushaltsansatz:	
Noch verfügbar:	
Bemerkungen:	

Bad Dürkheim, 06.01.2021

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Die vorliegende Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Stellenplan 2021 wurde auf der Grundlage der Vorberatungen in den Fachausschüssen und den Orientierungsdaten aus dem Haushaltsrundsreiben des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz für die kommunale Haushaltswirtschaft 2021 erstellt.

Der Gesamtergebnisplan weist ordentliche Erträge in Höhe von 249.818.960 € und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 248.384.707 € aus. Unter Berücksichtigung der Finanzerträge (867.500 €) und Finanzaufwendungen (1.690.000 €) ergibt dies im Saldo ein Jahresergebnis von 611.753 €. Das geplante Ergebnis verbessert sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.753.595 €. Maßgebend für die deutliche Erhöhung des Haushaltsvolumens ist der Fortschritt im Bereich des geplanten Breitbandausbaues mit einem Umfang von rd. 45 Mio. € in den Erträgen und Aufwendungen.

Die geplante Unterdeckung im Teilhaushalt 03 Soziales erhöht sich im kommenden Haushaltsjahr voraussichtlich um 0,6 Mio. €, da die Aufwendungen für die Sozialhilfe und Eingliederungshilfe erneut ansteigen.

Im Teilhaushalt 04 Jugend wird mit einer Steigerung des Zuschussbedarfs in Höhe von 4,0 Mio. € gerechnet. Mehraufwendungen entstehen vor allem in den Bereichen Förderung der Erziehung in der Familie, Hilfe zur Erziehung, Inobhutnahme und Eingliederungshilfe und Kindertagesstätten

Außerdem müssen Mehraufwendungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen (1,3 Mio. €) eingeplant werden.

Erfreulicherweise sind die Umlagegrundlagen für die Kreisumlage erneut gestiegen. Das Umlageaufkommen erhöht sich daher voraussichtlich gegenüber der endgültigen Festsetzung für das Jahr 2020 um 3,3 Mio. €. Maßgeblichen Anteil für diese Steigerung haben allerdings die Gewerbesteuerkompensationszahlungen des Landes in Höhe von rd. 5,8 Mio. € kreisweit.

Die vorläufige Berechnung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2021 beruht auf den Meldungen der kreisangehörigen Gemeinden und den Orientierungsdaten aus dem Haushaltsrundsreiben für das Haushaltsjahr 2021.

Der Umlagesatz der Kreisumlage wird für das Haushaltsjahr 2021 progressiv mit einem Eingangshebesatz von 43,6 v.H. festgesetzt. Der Umlagesatz beträgt in der höchsten Progressionsstufe 130 v.H. des Eingangshebesatzes.

Der Gesamtfinanzplan weist Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 247.470.529 € und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit in Höhe von 240.825.068 € aus. Unter Berücksichtigung der Finanzein- und Finanzauszahlungen (im Saldo -822.500 €) ergibt sich zunächst ein Liquiditätsüberschuss von 5.822.961 €, der sich durch die geplanten ordentlichen Tilgungen (4.260.000 €) auf 1.562.961 € reduziert und in dieser Höhe eine Tilgung der Liquiditätskredite ermöglicht.

Im investiven Bereich fallen voraussichtlich Auszahlungen in Höhe von 26.426.200 € an. Als größte Investitionsprojekte sind zu verzeichnen:

- Sanierung des Parkgeschosses beim Dienstgebäude 1 Mio. €
- Technikunterstützende Informationsverarbeitung (370 T€)
- Digitalpakt Schulen 3 Mio. €

Seite 3 Beschlussvorlage **237/2020**

- Sanierungsarbeiten in der Siebenpfeiffer RS Haßloch von insgesamt 4,1 Mio. €
- Sanierung Realschule plus Weisenheim 1,5 Mio. €
- RS Plus Lambrecht – Sanierung der Sporthalle 1 Mio. €
- Sanierung Leininger Gymnasium 1,5 Mio. €
- Sanierung HAG Haßloch 1,2 Mio. €
- IGS Deidesheim - Standort Wachenheim 1,25 Mio. €
- IGS Deidesheim – Standort Deidesheim 5 Mio. €
- Tageseinrichtungen für Kinder – Investitionszuschüsse 1,5 Mio. €
- Kreisstraßenbau insgesamt 1,3 Mio. €.

Außer den eingeplanten Investitionszuwendungen i.H. von 9,6 Mio. € stehen keine Eigenmittel zur Verfügung, so dass zur Restfinanzierung zusätzliche Investitionskredite in Höhe von 16,9 Mio. € aufgenommen werden müssen. Unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungen ergibt sich daraus eine Netto-Neuverschuldung in Höhe von voraussichtlich 12,6 Mio. €.

Im Stellenplan 2021 sind insgesamt 455,68 Stellen ausgewiesen, das sind **19,86 Stellen** mehr als in 2020. Die wichtigsten Veränderungen sind:

- **Teilhaushalt 1:** 1 zusätzliche Stelle hauptamtl. KFI, 1 zusätzliche Stelle Katastrophenschutz, 1 zusätzliche Stelle Ordnungsbehörde, 2 Stellen IT Schulen, 1 Stelle Tierseuchen, restliche Stellenanpassungen geringfügige Erhöhung der Stellenanteile über den gesamten Teilhaushalt
- **Teilhaushalt 2 und 3:** geringfügige Stellenanpassungen
- **Teilhaushalt 4:** 1,3 Stellen Familienunterstützende Dienste, restliche Stellenanpassungen geringfügige Erhöhung der Stellenanteile über den gesamten Haushalt
- **Teilhaushalt 5:** insgesamt 6,87 Stellen im Bereich des Gesundheitsamtes (Arztstellen, Gesundheitsschutz, medizinische Fachangestellte, Sozialpsychiatrischer Dienst)
- **Teilhaushalt 6:** 1 zusätzliche Stelle Klimaschutz, 1 Stelle Artenschutz, restliche Stellenanpassungen geringfügige Erhöhung der Stellenanteile über den gesamten Haushalt

Die Gehälter haben sich bei den Beamten zum 01.07.2020 um 2% erhöht. Die anstehende Anpassung der Gehälter zum 01.01.2021 um weitere 1,4% ist ebenfalls eingeplant. Bei den Beschäftigten ist eine tarifliche Erhöhung zum 01.04.2021 um 1,4% einberechnet. Sowohl bei den Beamten als auch bei den Beschäftigten wurde eine strukturelle Erhöhung der Gehälter bzw. der Entgelte beachtet. Der Stellenplan weist gegenüber dem Vorjahr 19,86 zusätzliche Stellen aus. Auch dies ist bei den Haushaltsansätzen entsprechend berücksichtigt. Es wird eine leistungsorientierte Bezahlung bei den Beschäftigten von 2% der Entgelte finanziert. Die Versorgungsumlage wurde von der Versorgungskasse auf einen Umlagesatz von 21,5% der umlagepflichtigen Dienstbezüge festgelegt.

Das geplante Ergebnis für das Haushaltsjahr 2021 liegt um rd. 1,8 Mio. € besser als die Ansätze für das Jahr 2020. Die Ursachen sind vielschichtig. Neben deutlichen Zuwächsen beim Kreisumlageaufkommen (3,7 Mio. €), den Schlüsselzuweisungen (3,4 Mio. €) und der Beteiligung des Bundes an Kosten der Unterkunft (3,25 Mio. €), konnten u.a. geringere

Seite 4 Beschlussvorlage **237/2020**

Ansätze für Zinsaufwendungen (- 0,4 Mio. €) veranschlagt werden. Diesen Verbesserungen stehen jedoch leider auch in großem Umfang Steigerungen auf der Aufwandsseite gegenüber. Die höchsten Mehrbedarfe betreffen z.B. Personal- und Versorgungsaufwendungen (1,3 Mio. €) und den Jugendhilfebereich (4,0 Mio. €). Die höhere Bundesbeteiligung an den KdU wird vollständig durch mehr Aufwendungen in anderen Bereichen des Teilhaushalts 03 Soziales aufgebraucht.

Im Finanzhaushalt reichen die ordentlichen Einnahmen zur Finanzierung der ordentlichen Ausgaben aus und auch die ordentlichen Tilgungen können durch diesen Überschuss bedient werden. Es ergibt sich sogar eine geringe freie Finanzspitze, die im vollen Umfang zur Verringerung des Liquiditätskreditbestandes eingesetzt wird.

Für die Sanierung und Substanzerhaltung der kreiseigenen Gebäude sind weiterhin erhebliche Mittel erforderlich.

Inwiefern die zukünftige Haushaltsentwicklung vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie sowie den Maßnahmen und Verhaltensänderungen zur Eindämmung der weiteren Ausbreitung des Virus beeinflusst wird, bleibt abzuwarten.

Der Entwurf der Haushaltssatzung, des Haushaltsplanes sowie des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2021 kann auf der Homepage des Landkreises (unter Landkreis/Haushaltswirtschaft/[Entwurf des Interaktiven Haushalt 2021 \(externer Link\)](#)) eingesehen werden.

Anlagen:

Eckdaten Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021